



Nachlese Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Paul Stoop und Antonia Zimmermann

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren. In den letzten Wochen standen das Referendum zum Brexit und eine Kontroverse um die Migrationsforschung im Mittelpunkt des Interesses.

Vor dem Brexit-Referendum: Forscher im Dialog

Als Wahrsager wollte sich kein Wissenschaftler des WZB positionieren in den bewegten Wochen vor dem Referendum der Briten über die Zukunft ihres Landes in der EU. Gefragt wurden die Politikwissenschaftler allerdings öfter, wie sie dem Tag der Entscheidung entgegensehen. **Michael Zürn**, Direktor der Abteilung Global Governance, warnte in der *Deutschen Welle*, ein Ausscheiden Großbritanniens könne ein bereits bestehendes Ungleichgewicht in der Union drastisch verstärken (15. Juni 2016). Weniger als die Hälfte der Mitgliedsstaaten gelte als Geberländer. Wenn Großbritannien austrete, bleibe Deutschland als großes Geberland in einer „Fronstellung“ mit nur wenigen anderen Gebern und sehr vielen Netto-Empfängern zurück.

Im Dialog mit **Wolfgang Merkel**, Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung, nahm Zürn am Vorabend des 23. Juni die Lage der Europäischen Union unter die Lupe: Leidet die EU an einer Überdehnung? Wie demokratisch und effizient ist sie? Stärkt sie den Rechtspopulismus? Zum Gespräch mit den beiden WZB-Direktoren hatte die Leibniz-Gemeinschaft eingeladen. Merkel beschrieb die EU als „eines der größten Regulierungsprojekte in den letzten fünf bis sechs Jahren“, dessen positive Auswirkungen jedoch nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zu Gute gekommen seien. Der größere Teil suche nun entweder Antworten in rechtspopulistischen Gesinnungen oder beschränke seine Solidarität wieder auf regionale Ebenen.

Zürn stellte die Frage, ob die Ungleichheit in den Mitgliedsstaaten ohne die EU tatsächlich weniger stark ausgeprägt wäre, und berief sich auf die wirtschaftliche Veränderung und Stabilisierung der Staaten seit ihrem Beitritt. Einig waren sich beide Politikwissenschaftler darin, dass eine Rückkehr zum Nationalstaat ausgeschlossen ist. Abschließend fragten sie, wohin sich die EU bewegen müsse, um sich in den turbulenten Zeiten von heute behaupten zu können. „Wir müssen streiten können in

der EU“, lautete Michael Zürns Fazit. Was die EU nun brauche, seien eine umfassende Demokratisierung ihrer Institutionen und politische Regelungen mit größerer Verbindlichkeit.

Referendum: „Mehrheit“ = Mehrheit?

Am 23. Juni stimmte dann eine Mehrheit der Briten für den Ausstieg. Eine Mehrheit? **Bernhard Weßels**, Wahl- und Parteienforscher am WZB, will davon nicht sprechen. Obwohl sich 92 Prozent der Wahlberechtigten registrieren ließen, haben nur 70 Prozent tatsächlich abgestimmt. Für eine echte Mehrheit hätten 75 und nicht bloß 52 Prozent von ihnen für einen Austritt aus der EU stimmen müssen, denn nur die hätten wirklich die Hälfte aller Wahlberechtigten ausgemacht. Um direkte Demokratie zu stärken, hält er Volksentscheide durchaus für geeignet – doch sie müssten ein Ausnahmeinstrument bleiben, sagte Weßels *SPIEGEL Online* (28. Juni 2016). Besonders wichtig sei, dass die Parteien mit rationalen, klaren Argumenten arbeiteten, um zur politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger beizutragen. Emotionale Fragen hingegen seien für Referenden nicht geeignet, denn sie könnten von Populisten missbraucht werden. Weßels resümierte, dass mehr direkte Demokratie nicht gegen Populismus und Politikverdrossenheit helfe. Die Ursache dafür liege nämlich nicht bei mangelnden Beteiligungsmöglichkeiten, sondern beim weit verbreiteten Eindruck, es gebe keine Politikvielfalt.

Europas starke Wähler

Der Brexit kann europäische Wählerinnen und Wähler auch stärken – er muss dafür nur schnell umgesetzt werden. Das schrieb **Christian Rauh**, Forscher der Abteilung Global Governance, auf seinem Blog (2. Juli). Denn nur dann könne dadurch auch ein starkes Signal ausgesendet werden, eines, das zeige: Eure Stimme zählt, aber deswegen tragt ihr auch Verantwortung. Und eines, das verdeutlicht: Eure Entscheidung hat Konsequenzen – und zwar nicht nur für das politische Establishment, sondern für eure persönlichen Lebensumstände. Genau das haben die Wählerinnen und Wähler, die für einen Austritt Großbritanniens aus der EU stimmten, laut Christian Rauh nicht bedacht. Obwohl ihnen für den Brexit kaum rationale Argumente geboten worden seien, habe sie das nicht vom Protest-Nein abgehalten. Daraus sei nur wenig über ihre wirklichen Einstellungen zur EU zu lernen, denn viele Entscheidungen seien

eher nach Bauchgefühl als auf Grundlage rationaler Argumente getroffen worden. Doch der Brexit könne ein Weckruf für die europäischen Wählerinnen und Wähler sein, ihre Möglichkeiten bedacht abzuschätzen, wenn sie wieder einmal an die Wahlurne treten.

Migrationsforschung: Kritik ohne Dialogwillen

Am Ende des Sommersemesters wachten einige Studenten am Sozialwissenschaftlichen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin auf. Die Fachschaft veröffentlichte eine Stellungnahme gegen den dort lehrenden Migrationsforscher **Ruud Koopmans**, hauptberuflich am WZB Direktor der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Gegen Ende seines dritten Jahres als Professor an ihrem Institut, fast zwei Jahre nach der Veröffentlichung eines wissenschaftlichen Artikels über Fundamentalismus unter Muslimen und Christen und Monate nach Erscheinen eines Fachartikels über Schwierigkeiten beim Arbeitsmarkteintritt von Muslimen in Europa warfen sie Koopmans öffentlich vor, den „Nährboden für anti-muslimischen Rassismus“ zu bereiten. Den Dialog mit ihrem Professor hatten die Aktivistinnen in den letzten Jahren nicht gesucht. Koopmans bot sofort an, mit den Kritikern zu diskutieren, die allerdings waren nicht zu einer institutsinternen Debatte bereit, unter dem Vorwand, es müssten noch mehr Leute auf dem Podium sitzen, und das sei kurzfristig nicht zu bewerkstelligen.

Die Vorwürfe nahm *die tageszeitung* (taz) eins zu eins auf (6. Juli 2016). Der Vertreter der Fachschaft sprach in der taz von „tendenziösen und wissenschaftlich zweifelhaften Arbeiten“. Die Zeitung fragte Koopmans selbst nicht nach seiner Sichtweise; der tatsächliche Inhalt seiner Forschungsarbeiten, die durchweg in begutachteten Zeitschriften erscheinen und einer akribischen Prüfung unterliegen, wurde mit keiner Zeile wiedergegeben. Für diese Einseitigkeit hat die taz sich im direkten Gespräch mit Koopmans entschuldigt. In einem mehrstündigen Interview haben der Autor des einseitigen Berichts und ein Redakteur den angegriffenen Forscher zu seiner Arbeit, den Methoden, zu seinem Verhältnis zu allgemeinen Medien und zu migrationspolitischen Gremien in Deutschland befragt. Verabredungsgemäß hat Koopmans anschließend eine Reihe wörtlicher Zitate autorisiert. Seitdem ist ein ganzer Monat vergangen. Erschienen ist der Artikel bei unserem Redaktionsschluss (22. August) noch nicht. Im digitalen taz-Archiv ist dafür der Beitrag, für den sich die Zeitung entschuldigt hat, Ende August immer noch zu lesen. (Fortsetzung folgt)

Migrationsforschung: Lesen bildet

Andere machten es gründlicher und schneller. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete über die Kontroverse („Der kalte Eisberg in der Wohlfühlzone“, 26. Juli 2016). Sie gab die Vorwürfe der Studentinnen wieder, und der Autor Gerald Wagner tat auch das, was üblicherweise bei einer Recherche hilft: Er las die von der Fachschaft kritisierten Veröffentlichungen von **Ruud Koopmans** und fasst Kernpunkte für die Leserschaft zusammen. Wagner erkennt in der aktuellen Studie über Migranten und Arbeitsmarkt, dass Koopmans' Studie eine ermutigende Botschaft enthält, nämlich die Feststellung, dass Migranten auch selbst zum Erfolg auf dem Arbeitsmarkt beitragen können, indem sie die Sprache des Wohnlandes lernen, nicht an traditionellen Geschlechterbildern festhalten, sich nicht abschotten. Der Jour-

nalist schlägt vor, diese potenziell positiv wirkende Bürde als „Bringnutzen“ zu bezeichnen (und nicht als „Bringschuld“), als Chance, die eigene Situation zu verbessern. Die von Koopmans in seiner Untersuchung belegten Vorteile eigener Anstrengungen entspringen für Wagner einem recht nüchternen Forscherblick, „es ist ein kühler, unsentimentaler Blick auf die europäischen Einwanderungsgesellschaften. Wissenschaftlich lässt sich an Koopmans' integrationskitschfreien Befunden nichts aussetzen“.

Kurz darauf interviewte Gerald Wagner für die FAZ auch den Fachschaftsvertreter Robert Vief („Akzeptable Schärfe?“, 3. August 2016). Dieser konzidiert in dem Gespräch eher zögernd: „Ich nehme (...) an, dass Ruud Koopmans kein Rassist ist.“ Der Kernpunkt der Fachschaftshaltung ist dann doch Ruud Koopmans' Präsenz jenseits der wissenschaftlichen Diskussion. Der Forscher müsse sich „medial zurückhalten“. Die Studentinnen wünschen sich die Übernahme eines ungewöhnlichen Nebenjobs durch den Forscher. Koopmans „müsste“, heißt es in der Wiedergabe der FAZ, „noch persönlich dafür sorgen, dass sich in die öffentliche Darstellung seiner Befunde in den Medien nicht die geringste unzulässige Verallgemeinerung oder Pointierung einschliche“.

Niederländische Perspektiven

Wie gründlich und gleichzeitig schnell ein kontroverses Thema journalistisch bearbeitet werden kann, zeigten niederländische Medien. Die Tageszeitung *NRC-Handelsblad* berichtete ausführlich und gab Professor und Studierenden Raum für ihre Argumente (12. August 2016). Am selben Tag widmete die führende Wirtschaftszeitung *Het Financieele Dagblad* der Kontroverse viel Platz, auch auskunftswillige Studierende kamen zu Wort. Ruud Koopmans sieht in der Fachschafts-Kampagne ein Zeichen politischer Korrektheit. Ihn treffe im Gegensatz zu anderen Forschern Kritik, weil die Studierenden „lediglich ihre eigene Meinung bestätigt sehen möchten“. Gerade ein Beschweigen problematischer Aspekte der Integration habe in vielen europäischen Ländern die Rechtspopulisten stark gemacht: „Typen wie Wilders und Le Pen verdanken ihren Erfolg der Vorstellung, es gebe ein elitäres Kartell, das sich nicht mit Problemen befassen möchte.“